



## Informationsbrief der Bundes-SGK

für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 21. Dezember 2020

**FROHE WEIHNACHTEN!**  
und  
**EIN GUTES JAHR 2021!**

Wünscht die Geschäftsstelle der Bundes-SGK

1. **Digitalisierung in Zeiten der Corona-Pandemie** | Vorstand der Bundes-SGK beschließt Diskussionspapier
2. **Öffentlicher Gesundheitsdienst** | Vorstand der Bundes-SGK begrüßt Stärkung durch den Öffentlichen Gesundheitspakt
3. **Kommunaler Rettungsschirm auch in 2021** | Vorstand der Bundes-SGK fordert Bund und Länder um mehr Planungssicherheit
4. **Erneuerbares Energien Gesetz (EEG)** | Novelle im Bundestag und Bundesrat verabschiedet
5. **Stellungnahme des Bundesrates zum Baulandmobilisierungsgesetz** | NRW-Ministerin Scharrenberg kann eine Streichung des Baugebotes und des Umwandlungsschutzes nicht durchsetzen
6. **Friedrich-Ebert-Stiftung** | Martin Schulz zum neuen Vorsitzenden gewählt
7. **Gewalt, Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker/innen** | Bundes-SGK lädt zu einem Erfahrungsaustausch ein

### **1. Digitalisierung in Zeiten der Corona-Pandemie**

Die Digitalisierung hilft uns nicht nur bei der Überwindung der Corona-Pandemie, sie hat sich durch die verstärkte Nutzung ihrer Möglichkeiten in den vergangenen Monaten auch beschleunigt: Kommunikation, Beteiligungsverfahren, Homeschooling, Gesundheit, mobiles Arbeiten und eine veränderte Mobilität sind einige Bereiche, die betroffen sind. Welche Tendenzen zeichnen sich ab, welche Entwicklungen sind zu erwarten und wie wollen wir in Zukunft damit umgehen? Der Vorstand der Bundes-SGK hat dazu auf seiner Sitzung am 11. Dezember 2020 ein Diskussionspapier verabschiedet.

#### **Weitere Informationen:**

Bundes-SGK:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/diskussionspapier-pandemie-digitalisierung-herausforderung-staedte-gemeinde-vorgelegt>

### **2. Öffentlicher Gesundheitsdienst**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst stellt als wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge eine wichtige Säule des deutschen Gesundheitswesens dar. Die Bundes-SGK begrüßt daher ausdrücklich die Bemühungen des Bundes und der Länder im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken und hat dazu auf seiner Sitzung am 11. Dezember 2020 ein Positionspapier verabschiedet.

#### **Weitere Informationen:**

Bundes-SGK:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/bundesvorstand-verabschiedet-positions-papier-oeffentlichen-gesundheitsdienst>

### **3. Kommunaler Rettungsschirm auch in 2021**

Auch wenn die aktuellen Prognosen und Einschätzung zur Wirtschaftsentwicklung Hoffnung geben, dass insgesamt die konjunkturelle Delle und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit infolge der Krise deutlich geringer ausfallen als noch vor einem halben Jahr, ändert dies nichts daran, dass wir in den kommenden zwei Jahren aller Voraussicht nach weiterhin erhebliche Mindereinnahmen und deutliche Mehrausgaben auf kommunaler Ebene in Folge der Corona-Pandemie und ihrer Auswirkungen haben werden. Daher hat der Vorstand der Bundes-SGK in seiner Sitzung am 11. Dezember 2020 ein Positionspapier zum Thema "Corona-Pandemie und ihre Folgen für die kommunalen Finanzen" verabschiedet.

#### **Weitere Informationen:**

Bundes-SGK:

<https://www.bundes-sgk.de/artikel/bundesvorstand-verabschiedet-positions-papier-folgen-corona-pandemie-kommunalen-finanzen>

Pressemitteilung von Frank Baranowski:

[https://www.bundes-sgk.de/system/files/documents/201215\\_pm\\_kommunen\\_fordern\\_unterstuetzung.pdf](https://www.bundes-sgk.de/system/files/documents/201215_pm_kommunen_fordern_unterstuetzung.pdf)

#### **4. Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) verabschiedet**

Nach wochenlangen intensiven Verhandlungen haben die Koalitionsfraktionen sich auf eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021) einigen können. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich im Verhandlungsgeschehen eindeutig für ein ambitionierteres Vorgehen ausgesprochen. Ihrem Verständnis nach sollte die Energiewende zum Mitmachprojekt vor Ort werden, um erfolgreich zu sein (Siehe „Zukunftspakt für erneuerbare Energien“ der SPD-bundestagsfraktion).

Der Gesetzentwurf (Drucksachen 19/23482, 19/24234, 19/24235) sowie ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wurden am Donnerstag, den 17.12.2020 abschließend im Bundestag beraten. Im Entschließungsantrag fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, weitere gesetzliche Änderungen vorzunehmen, um die erneuerbaren Energien voranzubringen. Vor allem mit Blick auf Entscheidungen auf Ebene der EU, die ein neues ambitionierteres Klimaziel für 2030 vorgeben wird. Die Verhandlungen dazu werden gerade geführt. Zur Debatte steht eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen von mindestens 55 Prozent. Darüber hinaus fordert der Entschließungsantrag auch weitere Verbesserungen zur Stärkung der Akzeptanz von Windkraftanlagen an Land über die im EEG 2021 vorgesehene kommunale Beteiligung hinaus.

Der Gesetzesentwurf selbst enthält eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von 2017 mit dem Ziel, dass der gesamte Strom in Deutschland vor 2050 treibhausgasneutral werden soll, und zwar sowohl der erzeugte als auch der verbrauchte Strom. Es werden zudem die Weichen für das Klimaschutzprogramm 2030 gestellt. Unter anderem wird festgelegt, in welchem Umfang einzelne Technologien zum 65-Prozent-Ziel (Anteil Erneuerbarer am Stromverbrauch) beitragen sollen. Dabei geht es um Ausschreibungsmengen und mehr Flächen für Wind- und die Solarenergieerzeugung.

Zur Akzeptanz in der Bevölkerung sieht das Gesetz Möglichkeiten vor, wie Windanlagenbetreiber Kommunen freiwillig an den Erträgen beteiligen können. Eine verpflichtende Beteiligung war leider an verfassungsrechtlichen Bedenken gescheitert. Im Bereich der Solarenergie soll das Mieterstrom-Modell attraktiver gemacht und der Quartiersansatz verankert werden.

#### **Weitere Informationen:**

Deutscher Bundestag:

<https://www.bundestag.de/#url=L2Rva3VtZW50ZS90ZXh0YXJjaGl2LzlwMjAva3c1MS1kZS1lcm5ldWVyYmFyZS1lbnVvZ2llbi1nZXNldHotODEyODc2&mod=mod493054>

Bundesrat:

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2020/0701-0800/0763-20.html>

VKU:

[https://www.bundestag.de/resource/blob/806710/aec7076549e3176f9207269f2df6a2c7/19-9-853\\_Liebing\\_VKU-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/806710/aec7076549e3176f9207269f2df6a2c7/19-9-853_Liebing_VKU-data.pdf)

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände:

[https://www.bundestag.de/resource/blob/806698/a7206083ba9fd46efbfefb188e6042b7b/19-9-863\\_Kommunale\\_Spitzenverbaende-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/806698/a7206083ba9fd46efbfefb188e6042b7b/19-9-863_Kommunale_Spitzenverbaende-data.pdf)

SPD-Bundestagsfraktion

<https://www.spdfraktion.de/themen/energiewende-mitmachprojekt>

## 5. **Stellungnahme des Bundesrates zum Baulandmobilisierungsgesetz**

Der Deutsche Bundestag hat den vom Bundeskabinett am 3. November 2020 verabschiedeten Gesetzentwurf auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion anders als in der vorgesehenen Zeitplanung nicht am 17. Dezember 2020 in erster Lesung beraten. Auch auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages für den 13. Bis 15. Januar 2021 ist eine Beratung bisher nicht angesetzt.

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf allerdings am 18. Dezember 2020 beraten und nach Abstimmung der Ausschussempfehlungen seine Stellungnahme beschlossen. In erster Linie verweist der Bundesrat auf die Notwendigkeit das Gesetzgebungsverfahren jetzt zügig weiterzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.

Der Versuch Nordrhein-Westfalens und anderer B-Länder über die Stellungnahme des Bundesrates erneut eine Streichung der § 176 (erweiterte Anwendungsmöglichkeit des Baugebotes) und § 250 (Schutz vor Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen) und der hierfür als Rednerin plädierende Ministerin Scharrenbach, konnte keine Stimmenmehrheit finden und ist somit faktisch abgelehnt. Dieses sollte auch für das weitere Verfahren nunmehr als Kompromisslinie von der CDU/CSU-Fraktion anerkannt werden und somit der Weg für ein zügiges Gesetzgebungsverfahren im Bundestag freigemacht sein.

### **Weitere Informationen:**

Bundesrat:

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/998/tagesordnung-998.html?nn=4352766>

Beschlussdrucksache des Bundesrates:

[https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2020/0601-0700/686-20\(B\).pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2020/0601-0700/686-20(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1)

## 6. **Martin Schulz zum neuen Vorsitzenden der FES gewählt**

Auf der Jahresmitgliederversammlung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES) am 11. Dezember 2020 wurde Martin Schulz zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er folgt auf Kurt Beck, Ministerpräsident a.D., der die FES seit 2013 leitete. Nach seiner Wahl erklärte Martin Schulz:

„Ich freue mich sehr mit dem heutigen Tag die ehrenvolle Aufgabe des Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung zu übernehmen. Die FES ist die älteste deutsche politische Stiftung. Sie steht für die unbedingte Unterstützung und Verteidigung der Demokratie, für die Förderung und das Recht auf gerechte Bildungschancen und für internationale Kooperation und Solidarität. Wir wollen als führender Think-Tank wahrgenommen werden, der einen Raum für Debatten und Auseinandersetzung bietet. Wir wollen Utopien und Visionen für die Zukunft entwickeln und einen sichtbaren Beitrag zu einer gerechten und demokratischen Welt leisten. Auf diese Aufgaben freue ich mich sehr!“

Stellvertretende Vorsitzende: Daniela Kolbe, MdB und Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, a.D.

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Roland Schmidt bis einschließlich 30.06.2021, Dr. Sabine Fandrych, mit Wirkung zum 01.07.2021 unter gleichzeitigem Eintritt in die Geschäftsführung zum 01.01.2021

Als weitere Mitglieder des Vorstandes wurden bestätigt: Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. Barbara Hendricks, Christina Kampmann, Barbara Ludwig, Dr. Rolf Mützenich, Matthias Platzeck, neu gewählt wurde Anke Rehlinger. In Würdigung seiner herausragenden Verdienste wurde Kurt Beck zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

## **7. Erfahrungsaustausch über den Umgang mit Gewalt, Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker/innen**

Die Bundes-SGK plant ein Vernetzungstreffen von Betroffenen und gesellschaftlichen Akteuren zum Thema „Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“. Das Treffen soll als **Videokonferenz** am **Montag, dem 25. Januar 2021** in der Zeit **von 10:45 Uhr bis ca. 12:15 Uhr** stattfinden.

Anbei den AnmeldeLink für das Vernetzungstreffen: <https://www.bundes-sgk.de/formular/anmeldung-vernetzungstreffen-bundes-sgk-thema-hass-gewalt-gegen-kommunalpolitikerinnen> Über eine Teilnahme würden wir uns sehr freuen. Die Einwahldaten, eine Tagesordnung und etwaige weitere Unterlagen werden wir zeitnah zur Sitzung versenden. Für eventuelle Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Die Geschäftsstelle der Bundes-SGK ist ab dem 23. Dezember 2020 bis einschließlich dem 3. Januar 2021 geschlossen.

**Noch einmal Frohe Weihnachten und einen guten Jahresbeginn 2021!**

### **Datenschutzgrundverordnung**

Seit dem 25.05.2018 gilt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Deshalb haben wir unsere Datenschutzerklärung angepasst. Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Informationsbrief auch weiterhin beziehen möchten. Andernfalls haben Sie jederzeit die Möglichkeit, sich davon abzumelden.

<https://www.bundes-sgk.de/kontakt>

<https://www.bundes-sgk.de/datenschutzerklaerung>

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: [info@bundes-sgk.de](mailto:info@bundes-sgk.de)

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)